

Florian Post MdB

Kurznachrichten aus Berlin



18. Dezember 2019

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Seit kurzem gehöre ich neben dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz auch dem **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** an. Ende November habe ich an meiner ersten Sitzung teilgenommen. Als SPD-Fraktion setzen wir uns im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit dafür ein, Globalisierung gerecht zu gestalten, einen Beitrag für Frieden und Sicherheit zu leisten und Zukunftsperspektiven für die Menschen in unseren Partnerländern zu schaffen. **So kann ich mich nun bei Themen wie der Bekämpfung von Armut und Hunger, dem Einsatz für Menschenrechte und nicht zuletzt der Bekämpfung von Fluchtursachen noch besser einbringen.**

Frohe Weihnachten und einen Guten
Rutsch ins Neue Jahr 2020 - Euer

Florian Post



Lieferketten- Gesetz

11. Dezember 2019

Sehr gerne habe ich die Initiative zum Lieferkettengesetz unterzeichnet. Viel zu oft werden unsere Wohlstandsprodukte (ja, ich habe auch ein Smartphone und andere Dinge und habe mir bisher zu wenig Gedanken gemacht) unter Armutslöhnen und durch Kinderarbeit produziert. Das kann so nicht auf Dauer stattfinden! Das ist zwar alles bekannt, aber leider zu wenig bewusst. Wenn man aber Betroffene vor Ort in diesen Ländern trifft, ist es erschütternd. Da müssen wir handeln! Auch daher fühle ich mich in meinem neuen zusätzlichen Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sehr gut aufgehoben.



Steuervermeidung bekämpfen!

Durch „Steuroptimierung“ und „grenzüberschreitende Steuergestaltung“ gehen dem Bund, den Ländern und anderen EU-Mitgliedstaaten jährlich beträchtliche Einnahmen verloren, die dringend gebraucht werden, zum Beispiel für Investitionen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur oder in die Bildung.

Spätestens seit der Veröffentlichung der „Panama Papers“ ist das bekannt. Unerwünschten Steuergestaltungsmodellen, die im Graubereich der Illegalität Schlupflöcher und Regelungslücken des Steuerrechts für unlautere Zwecke ausnutzen, wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum hat der Bundestag das Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen beschlossen. Kern des Gesetzes ist die Einführung einer Meldepflicht für eben

solche grenzüberschreitende Steuergestaltungen: Die Steuerbehörden erhalten durch die Meldungen einen Überblick über diese Gestaltungsmodelle und können schneller darauf reagieren. Daraus kann der Gesetzgeber zum Beispiel Regulationsnotwendigkeiten ableiten, die zeitnah getroffen werden können. Denn die „Steuergestaltung“ im großen Stil ist weder akzeptabel noch gerecht. Einkommensstarke, Vermögende und Unternehmen dürfen sich nicht durch raffiniert ausgedachte Modelle ihren Steuerpflichten entziehen. Das würde letztlich die Legitimität unseres Besteuerungssystems unterminieren.



12. Dezember 2019

Der Bundestag hat letzte Woche beschlossen, die Wiedereinführung der Meisterpflicht für viele Berufsbilder wieder einzuführen, die 2004 abgeschafft wurde.

Meisterpflicht wieder eingeführt

Viele Berufsbilder haben sich seit 2004 stark verändert. Daher ist eine Reglementierung der Ausübung der betroffenen Handwerke zum Schutz von Leben und Gesundheit sowie der Wahrung von Kulturgütern und immateriellem Kulturerbe erforderlich.

Außerdem sind die Ausbildungszahlen und die Anzahl der Meisterprüfungen gesunken. Ziel der Koalitionsfraktionen ist, mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung zu

erreichen. Der Gesetzentwurf wurde in einer Koalitionsarbeitsgruppe unter Beteiligung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und der Gewerkschaften erarbeitet.

Ich bin davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft ist.

Die Meisterpflicht trägt außerdem durch eine hochwertige berufliche Aus- und Weiterbildung maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei.



Krankenkassenbeiträge:

BetriebsrentnerInnen werden entlastet

Der Bundestag hat in der letzten Woche eine Entlastung von Betriebsrentnerinnen und -rentnern bei den Krankenkassenbeiträgen beschlossen. Diese werden im Volumen von 1,2 Milliarden Euro jährlich abgesenkt.

Dies erreichen wir durch die Einführung eines dynamisierten Freibetrags in Höhe von 159,25 Euro, der künftig automatisch greift.

Das bedeutet, künftig müssen auf diesen Freibetrag keine Krankenkassenbeiträge abgeführt werden, was einer Entlastung von rund 300 Euro pro Jahr für die Bezieher einer Betriebsrente entspricht. Die Regelung ist

auch auf Einmalzahlungen anwendbar und gilt ebenfalls für diejenigen, die bereits in der Auszahlungsphase sind. Der Freibetrag soll in den darauffolgenden Jahren im gleichen Maße wie die Durchschnittseinkommen steigen. **Insgesamt senden wir damit ein deutliches Signal für die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung.**



Florian Post MdB für München

Mitglied im Ausschuss
für Recht und Verbraucherschutz

Mitglied im Ausschuss
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de

Tel: 089 - 18 94 65 38

Fax: 089 - 18 94 65 39



facebook.com/bundestag2013

www.florian-post.de

Kostenlose Bürgerberatung

In meinem Wahlkreisbüro finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über mein Wahlkreisbüro.